

Protokoll

über die zwanzigste öffentliche Sitzung des Beirates für Menschen mit Behinderungen im Landkreis Cuxhaven am 08.03.2011

Behandelte Tagesordnungspunkte

1. Eröffnung der Sitzung; Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
2. Genehmigung der Niederschrift über die neunzehnte öffentliche Sitzung des Beirates vom 10.11.2010
3. Inklusion und Schule; Informationen von Herrn Regierungsschuldirektor Kück mit anschließender Aussprache
4. Vorbereitung des Europäischen Tages der Menschen mit Behinderungen am 5.05.2011
5. Erarbeitung eines Aktionsplanes zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonventionen für den Landkreis Cuxhaven (Vorgehensweise, Beteiligung des Beirates und anderer Institutionen etc.)
6. Nächster Termin
7. Verschiedenes

Anwesende

Herr Drewes 1. Vorsitzender
Frau Faße
Herr Grünwald
Frau Heiden
Herr Ludwigs-Dalkner
Herr Pivtoriak
Frau Plepla

Von der Verwaltung

Herr Otremba

Entschuldigt

Herr Blohm
Frau Erdbeer
Frau Künnmann-Prosen
Herr Verlaan (Vertreter des Seniorenbeirates)

Unentschuldigt

Frau Vietmeyer

Gäste

Herr Grüter, Beirat für Menschen mit Behinderungen der Stadt Cuxhaven

Frau Hohmann

Herr Regierungsschuldirektor Kück, Nds. Landesschulbehörde

Herr Mangels, CN/ NEZ

Herr Schütt, Kreistagsabgeordneter

Punkt 1: Eröffnung

Herr Drewes, 1. Vorsitzender des Beirat für Menschen mit Behinderungen im Landkreises Cuxhaven begrüßt die Anwesenden und entschuldigt die Abwesenheit der Beiratsmitglieder Frau Erdbeer und Herr Blohm.

Herr Otremba entschuldigt die Abwesenheit der Kreisrätin Frau Jahns, die Kreisrätin noch andere Termine hat und die Abwesenheit von Herrn Maaß.

Punkt 2: Genehmigung der Niederschriften über die neunzehnte öffentliche Sitzung des Beirates vom 10.11.2010

Die Niederschrift vom 10.11.2010 wurde einstimmig genehmigt.

Punkt 3: Inklusion und Schule; Informationen von Herrn Landesschuldirektor Kück mit anschließender Aussprache

Der Verlauf des Tagesordnungspunktes wird durch nachfolgenden Zeitungsartikel dokumentiert:

„Recht auf Regelschule für alle

KREIS CUXHAVEN. Alle reden von der Oberschule- und gleichzeitig kommt auf die Schullandschaft in Niedersachsen eine weitere große Veränderung zu, die bisher in der breiten Öffentlichkeit kaum wahrgenommen und von Verwaltung und Politik auch nicht im Übermaß kommuniziert wird. Eine Veränderung, an deren Ende das Aus für Förderschulen stehen könnte und deren Auswirkungen auch die Regelschulen treffen werden.

Ab dem 1. August 2012 soll die sogenannte Inklusion in den niedersächsischen Grundschulen verpflichtend gelten, ein Jahr später soll die Sekundarstufe I folgen. Kinder mit erhöhtem Förderbedarf dürfen dann nicht mehr vom Besuch dieser allgemeinbildenden Schulen ausgeschlossen werden.

Niedersachsen folgt damit der UN-Behindertenrechtskonvention aus dem Jahre 2006, die in Deutschland 2009 in Kraft getreten ist. "Eine Schule für alle" heißt das Ziel, das so einfach klingt, und dessen Umsetzung die Schulen doch vor besondere Herausforderungen stellt. Über viele Jahre wurden hierzulande Kinder, die den Anforderungen von Haupt- und Realschule und Gymnasium nicht genügten, an Förderschulen verwiesen. Mit der Inklusion soll nun auch Kindern mit besonderem Förderbedarf mehr Teilhabe ermöglicht werden.

Ob und wie das im Landkreis Cuxhaven gelingen kann, darüber informierte Regierungsschuldirektor Manfred Kück von der Landesschulbehörde jetzt die Mitglieder des Beirats für Menschen mit Behinderungen des Landkreises Cuxhaven.

"Die Inklusion bedeutet eine Umwälzung für unser Bildungssystem", erklärte Kück. Die Gesellschaft müsse jedem eine Teilhabe ermöglichen, unabhängig davon, was er an Fähigkeiten mitbringe. Der Begriff der Inklusion stehe im Gegensatz zur Separation, aber auch zum Begriff der Integration. Während das Modell der Integration trennende Einrichtungen wie beispielsweise spezielle Förderschulen kennt, werden diese beim inklusiven Modell überflüssig.

Von den rund 14 000 Schülern im Landkreis Cuxhaven werden laut Kück derzeit 700 bis 800 Kinder und Jugendliche an Förderschulen unterrichtet. "Das ist eine nicht unerhebliche Zahl", so Kück.

Dass die Umsetzung der UN-Konvention nicht zum Nulltarif zu haben ist, sei ganz klar, erklärte Kück: An vielen Schulen fehlen dafür die baulichen Voraussetzungen. Inklusion müsse zudem in der Lehreraus- und -fortbildung eine Rolle spielen, sie werde eine Senkung der Klassenfrequenz erforderlich machen. Um die Umsetzung der UN-Konvention weiter anzuschieben, will die Landesschulbehörde regionale Integrationskonzepte ausweiten. An den Grundschulen im Landkreis Cuxhaven gibt es nach Angaben von Regierungsschuldirektor Manfred Kück bereits gute Ansätze für integrative Beschulung; nur wenige Grundschulen würden noch nicht mitmachen. "Die Landesschulbehörde unterstützt Schulen bei der Entwicklung von Modellen gemeinsamen Unterrichts", so Kück.

Dass die UN-Konvention noch nicht in vielen Köpfen verwurzelt sei, wurde in der anschließenden Diskussion deutlich. "Die Schullandschaft wird sich deutlich verändern, aber das ist bei vielen Menschen noch nicht angekommen", betonte Beiratsmitglied Annette Faße. Für Eltern gehe es künftig um die Frage, ob das Kind mit den anderen Kindern im Dorf unterrichtet werde oder aus dem Dorf rausgeht. Faße forderte für Lehrer und Schulassistenten attraktivere Arbeitsbedingungen.

Beiratsmitglied Werner Ludwigs-Dalkner fragte, warum bei dem Neubau der Realschule Cuxhaven UN-Behindertenkonvention und Barrierefreiheit offenbar nicht berücksichtigt wurden. Beim Bau des Otterndorfer Schulzentrums dagegen wurde auf die Meinung des Behindertenbeirats Wert gelegt, wie Beiratsvorsitzender Gerd Drewes berichtete.

Von Jens-Christian Mangels“

Fehler: Die UN- Behindertenrechtskonvention wurde in Deutschland 2008 gültig. Zusätzlich wurde von Beiratsmitglied Petra Heiden berichtet, dass der Blinden – und Sehbehindertenverband Niedersachsen zukünftig seine Förderschulen als Regelschulen entwickeln wird.

Punkt 4: Vorbereitung Europäischer Tag der Menschen mit Behinderungen am 5.05.2011

Gerd Drewes, erster Vorsitzender und Petra Heiden stellten das Konzept „Europäischer Tag der Menschen mit Behinderungen“ vor. Es soll eine Fachtagung und ein Aktionstag stattfinden. (siehe Konzept).

Punkt 5 Erarbeitung eines Aktionsplanes zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention für den Landkreis Cuxhaven

Es herrschte Einvernehmen darüber, dass zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention für den Landkreis Cuxhaven ein Aktionsplan entwickelt werden muss.

Die Mitglieder des Beirates beschlossen einstimmig, dass Gerd Drewes, erster Vorsitzender und Annette Fasse, Mitglied des Beirates und im Kreistag Vorsitzende im Ausschuss Familie, Soziales und Gleichstellung, für den Beirat Gespräche mit der Verwaltung führen sollen, um Strukturen für den Aktionsplan zu erarbeiten.

Punkt 6: Nächster Termin und Ort

Das nächste Treffen soll am 14.04.2011 im Kreishaus Cuxhaven sein. Die Themen sind u.a.:

- Vorstellung „Europäischer Tag der Menschen mit Behinderungen“
- Vorstellung Hotel von Frau Simone Martens in Hemmoor.

Punkt 7: Verschiedenes

Es wurde von Mitgliedern des Beirates über einzelne Veranstaltungen berichtet.

Unterzeichnet:

Petra Heiden
Stellvertretende Vorsitzende
Schriftführerin

Anlagen:

- Konzept zum „Europäischen Tag der Menschen mit Behinderungen“
- Zeitungsartikel von Herrn Jens Mangels veröffentlicht am 12.11.2011:

Einbinden, nicht ausgrenzen

KREIS CUXHAVEN. Alle Menschen- und Bürgerrechte gelten uneingeschränkt auch für Menschen mit Behinderungen. Das ist seit 2009 auch für Deutschland völkerrechtlich verbindlich. Aber ihr Alltag ist nach wie vor voller Hürden. Der Beirat für Menschen mit Behinderungen des Landkreises Cuxhaven fordert nun einen Aktionsplan, um die UN-Behindertenrechtskonvention auf Landkreisebene umzusetzen.

Das langfristige Ziel: Menschen mit Behinderung sollen im Kreis tatsächlich in allen Lebensbereichen gleiche Möglichkeiten zur Teilhabe haben, ob es nun um Kinderbetreuung, Schulen, um Teilnahme an Angeboten von Sportvereinen oder um barrierefreie Gebäude geht. Nirgends, so das langfristige Ziel, sollen Menschen mit Behinderung ausgeschlossen bleiben.

Bis zur Verwirklichung der UN-Konvention ist es zweifellos noch ein weiter Weg, darüber waren sich die Mitglieder des Behindertenbeirats mit ihrem Vorsitzenden Gerd Drewes einig. "Aber gerade deshalb ist es wichtig, Schritt für Schritt den Weg zu ebnen für mehr Selbstbestimmung und für gleiche Chancen in Bildung und Beruf", sagte Beiratsmitglied Annette Faße in der Sitzung am Mittwoch. Um die Umsetzung der UN-Konvention im Kreis Cuxhaven zu forcieren, beschloss der Beirat im Beisein von Kreisrätin Meike Jahns, die Verwaltung mit der Ausarbeitung eines Aktionsplans zu beauftragen.

Ein wichtiger Aspekt der UN-Konvention ist die sogenannte Inklusion. Albert Maaß vom Sozialplanungsreferat des Landkreises Cuxhaven erläuterte, was sich hinter dem Begriff verbirgt und welche Ziele damit speziell in den Kindertageseinrichtungen verfolgt werden: "Alle Kinder sollen den gleichen Kindergarten besuchen, unabhängig von körperlichen, geistigen oder anderen Unterschieden." Im Landkreis Cuxhaven sei man bereits auf dem richtigen Weg. "Im Vergleich zu anderen Landkreisen haben wir im Cuxland bereits ein gutes Angebot an integrativen Einrichtungen", so Maaß.

Im Arbeitskreis "Regionales Konzept" werden seit 2008 die Erfahrungen aus den einzelnen Gemeinden gebündelt, um vergleichbare Strukturen für den gesamten Landkreis Cuxhaven zu entwickeln. Ziel sei es, gemeinsame Qualitätsstandards zu entwickeln, die therapeutischen Angebote zu verbinden und die Elternarbeit zu verbessern. "Und an die integrative Betreuung in Krippen sollten wir uns auch heranwagen", sagte Maaß. Für den 23. Februar 2011 ist eine Fachtagung zum Thema "Inklusion" geplant, kündigte der Referatsleiter an.

Wie passen die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und die Inklusion mit den Einsparungen der niedersächsischen Landesregierung bei Behinderteneinrichtungen zusammen? Über diese Frage gab es im Behindertenbeirat heftige Diskussionen. Werner Ludwigs-Dalkner, Geschäftsführer der Werkhof & Wohnstätten Lebenshilfe Cuxhaven, berichtete, dass bei der Behindertenhilfe in Niedersachsen im kommenden Jahr 30,5 Millionen Euro eingespart werden sollen. Davon sei auch die Lebenshilfe im Kreis Cuxhaven betroffen, die nun Personal abbauen müsse. "Das ist ein gravierender Rückschlag auf dem Weg zu mehr Teilhabe von Menschen mit Behinderung", so Ludwigs-Dalkner. Individuelle Förderung und Betreuung von Menschen mit Behinderungen seien angesichts der Kürzungen künftig nicht mehr möglich.

Die Mitglieder des Behindertenbeirats beschlossen, in einem Brief an das Sozialministerium und alle Fraktionen des Landtags gegen die Kürzungspläne zu protestieren.

Von Jens-Christian Mangels